

Bezirksamtsvorlage Nr. 1151

zur Beschlussfassung -
für die Sitzung am Dienstag, dem 10.02.2026

1. Gegenstand der Vorlage:

Unterrichtung der Bezirksverordnetenversammlung über den erfolgten Abschluss der „Zielvereinbarung zur gesamtstädtischen Steuerung der Sauberkeit und Ordnung im öffentlichen Raum“ mit der Senatskanzlei und der Senatsverwaltung für Finanzen

2. Berichterstatter/in:

Bezirksstadtrat Schriener

3. Beschlussentwurf:

I. Das Bezirksamt beschließt:

Die Bezirksverordnetenversammlung wird über den erfolgten Abschluss der - als Anlage beigefügten - „Zielvereinbarung zur gesamtstädtischen Steuerung der Sauberkeit und Ordnung im öffentlichen Raum“ mit der Senatskanzlei und der Senatsverwaltung für Finanzen unterrichtet.

II. Bei der Bezirksverordnetenversammlung ist die beigefügte Vorlage zur Kenntnisnahme einzubringen

III. Mit der Durchführung des Beschlusses wird der Geschäftsbereich Ordnung, Umwelt, Natur, Straßen und Grünflächen beauftragt.

IV. Veröffentlichung: ja

V. Beteiligung der Beschäftigtenvertretungen: nein

- a) Personalrat: nein
- b) Frauenvertretung: nein
- c) Schwerbehindertenvertretung: nein
- d) Jugend- und Auszubildendenvertretung: nein

4. Begründung, Rechtsgrundlage und Auswirkungen auf den Haushaltsplan und die Finanzplanung:

bitten wir, der beigefügten Vorlage an die Bezirksverordnetenversammlung zu entnehmen.

5. Gleichstellungsrelevante Auswirkungen:

keine

6. Behindertenrelevante Auswirkungen:

keine

7. Integrationsrelevante Auswirkungen:

keine

8. Sozialraumrelevante Auswirkungen:

keine

9. Beteiligungsrelevante Auswirkungen

keine

10. Auswirkungen auf den Klimaschutz

Die BA-Vorlage hat voraussichtlich keine Auswirkungen auf den Klimaschutz, da diese lediglich einen berichtenden Charakter besitzt.

11. Mitzeichnung(en):

BzBm (Zustimmung im Vorfeld eingeholt)

Bezirksstadtrat Schriener

Bezirksverordnetenversammlung
Mitte von Berlin

Vorlage -zur Kenntnisnahme- über den erfolgten Abschluss der „Zielvereinbarung zur gesamtstädtischen Steuerung der Sauberkeit und Ordnung im öffentlichen Raum“ mit der Senatskanzlei und der Senatsverwaltung für Finanzen

Das Bezirksamt hat am 10.02.2026 beschlossen, der Bezirksverordnetenversammlung dazu Nachfolgendes als Schlussbericht zur Kenntnis zu bringen:

Das Bezirksamt hat die - als Anlage beigefügte - Zielvereinbarung zur gesamtstädtischen Steuerung der Sauberkeit und Ordnung im öffentlichen Raum mit der Senatskanzlei und der Senatsverwaltung für Finanzen abgeschlossen.

A) Rechtsgrundlage:

§ 36 Absatz 2 Buchstabe f) i.V.m. § 15 Satz 3 Bezirksverwaltungsgesetz
§ 19 Landesorganisationsgesetz

B) Auswirkungen auf den Haushaltsplan und die Finanzplanung

a. Auswirkungen auf Einnahmen und Ausgaben:

Die Senatskanzlei hat für die Umsetzung bezirklicher Maßnahmen Mittel in Höhe von 400.000 EUR jährlich (EPL 27, Kapitel 2703, Titel 97114) für die Haushaltsjahre 2026/2027 angemeldet. Die Mittel sind nicht übertragbar und werden im Wege der Basiskorrektur an die Bezirke bis zur Höhe der Maximalbeträge zugewiesen. Daraus resultiert eine Verteilung von Sachmitteln in Höhe von 25.000 EUR p.a. in den Jahren 2026 und 2027 je Bezirk. $\frac{1}{4}$ der Sachmittel, daher 100.000 EUR p.a. in den Jahren 2026 und 2027, erhält die Koordinierende Stelle im Bezirk Mitte zur Umsetzung bezirksübergreifender Maßnahmen.

b. Personalwirtschaftliche Auswirkungen:

Keine. Die Aufgaben werden im laufenden Geschäftsprozess bzw. als Verstetigung der seit 01/2025 bestehenden Zielvereinbarung erbracht

C) Auswirkungen auf den Klimaschutz

Die BA-Vorlage hat voraussichtlich keine Auswirkungen auf den Klimaschutz, da diese lediglich einen berichtenden Charakter besitzt

Berlin, den 05.02.2026

Bezirksstadtrat Schriener

Bezirksbürgermeisterin Remlinger